



# NEWSLETTER BERLIN



## ULRICH KELBER BONNS BUNDESTAGSABGEORDNETER

Ausgabe 13/2003 66. gesamt

27.06.2003

### Liberal – wenn's passt

Arbeitsmarkt deregulieren, Tarifverträge liberalisieren: Unter den deutschen Freiberuflern gibt es viele, die Schutzbestimmungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer reduziert sehen wollen, allen voran ihre Interessensverbände. Seit ein paar Wochen gibt es jetzt die Nagelprobe in die andere Richtung: Neben der großen Reform der Handwerksordnung sollen auch andere Freiberufler wie Anwälte, Architekten, Ärzte und Gutachter in den freien Wettbewerb entlassen werden. Das Geheul der Verbände ist enorm. So viel Reformeifer hatte man dann doch nicht gewollt.

Nur in Luxemburg und Deutschland wurden bisher Handwerker lieber vor Konkurrenz geschützt, als junge Handwerker und neue Dienstleistungen zu fördern. Dabei ist jedem klar, dass in vielen Bereichen des Handwerks keine objektiven Gründe für den Meisterzwang existieren, weil es um einfache Tätigkeiten geht. Hier geht es nur um

die Verteidigung eines mittelalterlichen Systems zum Konkurrenzausschluss. Politik darf in dieser Frage nicht klein beigeben.

Und wir müssen auch andere Fragen stellen: Ist die Absicherung der Honorarhöhe von Anwälten gerechtfertigt? Ist das Gutachter-„Monopol“ noch zu halten? Warum sollen Architekten und Ingenieure sich nichts preislich unterbieten dürfen? Brauchen wir wirklich noch kassenärztlichen Vereinigungen? Wir sollten beim notwendigen

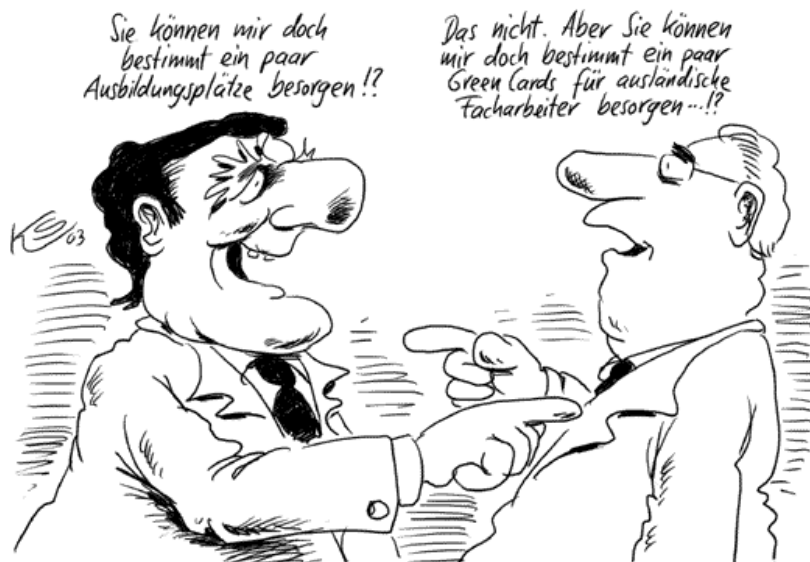
Abbau von Beschäftigungshürden in Deutschland nicht vor den Gruppen Halt machen, in denen viele zu den Besserverdienenden gehören.

Schnell wird sich zeigen, dass die Wirtschaftsverbände wesentlich reformunfreudiger sind als die Gewerkschaften. Wenn es nämlich um die Privilegien ihrer Mitglieder geht.



Themen in dieser Ausgabe:

- Liberalisierung
- Windenergie
- Berufliche Bildung



Karikatur: Klaus Stuttmann, Der Tagesspiegel

## Merkels Luftnummern – ein Kommentar von Marco Bülow,

*Zu den Aussagen der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel zu Kürzungen der "Subventionen" für Windenergie erklärt der Berichterstatter für Erneuerbare Energie der SPD-Bundestagsfraktion, Marco Bülow:*

Die Aussagen von Angela Merkel sind absolut falsch. Kürzungen bei der Windenergie bringen den Bundes- und Landeshaushalten keinen einzigen zusätzlichen Cent. Dagegen verunsichert das Gerede der CDU-Vorsitzenden und anderer Oppositionspolitiker eine Zukunftsbranche, die selbst in der Krisenzeit viele Arbeitsplätze geschaffen hat. Erneuerbare Energien werden eben nicht vom Staat subventioniert. Eine Einspeisevergütung

sorgt dagegen dafür, dass die Mehrkosten des Stroms aus Windenergie verursachergerecht auf die End-



verbraucher umgelegt werden. Dieser Mechanismus hat der Zukunftsbranche die nötige Starthilfe gegeben, um sich mittelfristig am Markt zu behaupten. Die dadurch erbrachte Förderung wird jetzt auch Schritt für

Schritt zurückgefahren. Der Ausbau der gesamten Erneuerbaren Energien kostet den deutschen Durchschnitts-

haushalt nur rund einen Euro pro Monat. Umweltbelastende Energien erhalten im Gegensatz dazu versteckte und offene Subventionen, die den Steuerzahler weit aus mehr Geld kosten.

Der von der Bundesregierung beschrittene Weg wird mittlerweile von mehreren Staaten kopiert. Vor kurzem wurde die Förderung der Erneuerbaren Energien vom renommierten World Watch Institut als "vorbildlich" gelobt.

Angela Merkels unqualifizierte Kritik an den Erneuerbaren Energien wird zur doppelten Bedrohung. Nur bei einem deutlichen Umsteuern hin zu den Erneuerbaren Energien werden wir eine Klimakatastrophe abwenden können. Zusätzlich gefährdet eine Förderungskürzung Deutschlands Rolle auf einem der wichtigsten globalen Zukunftsmärkte und damit allein 130.000 Arbeitsplätze in Deutschland.

## Reformbedarf in der beruflichen Bildung

Eine starke Aufwertung der beruflichen Bildungsabschlüsse muss das Ziel einer Reform der beruflichen Bildung sein, die in dieser Legislaturperiode abgeschlossen werden soll. Das ist die zentrale Botschaft der heutigen Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion zum "Reformbedarf in der beruflichen Bildung", an der 250 Expertinnen und Experten aus Wirtschaft und Gewerkschaften, Berufsschulen, Politik und Verwaltung teilnahmen. Ziel der Reformen in der beruflichen Bildung ist es, mit modernen Berufsbildern, einer Stärkung des dualen Systems und der verbesserten Anerkennung beruflicher Bildungsabschlüsse die Berufsbil-

dung in Deutschland insgesamt wieder attraktiver zu machen. Kein Bildungsabschluss, keine erworbene Qualifikation und kein Schulbesuch darf in Deutschland künftig mehr in eine Sackgasse statt in Richtung lebensbegleitenden Lernens und einer damit verbundenen Aufstiegsfortbildung münden. Deshalb ist daran gedacht, beispielsweise gut ausgebildeten Meisterinnen und Meistern fachbezogen auch den Zugang zu Hochschulen und Universitäten zu öffnen, Leistungen in den Berufsschulen besser anzuerkennen und mit der Anerkennung von "Qualifizierungsbausteinen" Anstrengungen bei der beruflichen Fortbildung besser zu honorieren. Aus-

serdem muss die berufliche Bildung insgesamt europatauglicher gemacht werden. Über eine verstärkte Förderung von Ausbildungsverbänden sollen vor allem kleine Unternehmen für die Ausbildung junger Menschen gewonnen werden. Strittig war in der Diskussion die Frage der Finanzierung der beruflichen Bildung. Von Seiten der Fraktion und der Bundesregierung wurde deshalb nochmals unmissverständlich klargestellt: Wenn die Wirtschaft ihrer Ver-

pflichtung zur Ausbildung junger Menschen nicht nachkommt, gibt es - wie Bundeskanzler Schröder in seiner Regierungserklärung vom 14. März bekräftigt hat - gesetzlichen Handlungsbedarf.

**Kontakt:**  
 Bundestagsbüro Berlin  
 Platz der Republik 1 (UdL 50)  
 11011 Berlin  
 Tel: 030 – 227 700 26  
 Fax: 030 – 227 76 008  
 Email: [ulrich.kelber@bundestag.de](mailto:ulrich.kelber@bundestag.de)  
 Internet: [www.kelber.de](http://www.kelber.de)

SPD-Bürgerbüro Bonn  
 Clemens-August-Str. 64  
 53115 Bonn  
 Tel: 0228 – 280 31 35  
 Fax: 0228 – 280 31 36  
 Email: [ulrich.kelber@wk.bundestag.de](mailto:ulrich.kelber@wk.bundestag.de)